

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Christian Baldauf (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Vertretbare Energiepreise durch zügige Neuordnung des EEG

Die **Kleine Anfrage 1987** vom 7. November 2013 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Vorschläge der Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, stärker auf den Erhalt fossiler Kraftwerke als Grundlastgarant zu setzen?
2. Welche konkreten Vorschläge wird die Landesregierung auf Bundesebene einbringen, um das EEG verbraucherfreundlich zu verändern?
3. Wie steht die Landesregierung dazu, auch die bereits installierten Anlagen durch eine Abgabe oder Ähnliches zu belasten, um den Strompreis für den Verbraucher zu senken?
4. Welche Ausnahmetatbestände unterstützt die Landesregierung in welcher Form für energieintensive Unternehmen, damit der Deindustrialisierung entgegengewirkt wird?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. November 2013 wie folgt beantwortet:

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat sich als erfolgreiches und effektives Markteinführungsprogramm für regenerative Stromerzeugungstechnologien erwiesen. Der Anstieg des Anteils der Erneuerbaren an der Stromerzeugung auf derzeit ca. 25 Prozent sowie die stark gesunkenen Technologiekosten bei Photovoltaik und bei der Windkraft an Land belegen die Leistungsfähigkeit und den Erfolg dieses Gesetzes. Für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor sind weitere Anpassungen bei den energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen erforderlich. Hierüber besteht grundsätzlich ein politischer Konsens.

Diese Anpassungen müssen mit Augenmaß erfolgen, um weder potenzielle Investoren zu verunsichern noch die Dynamik des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien zu gefährden. Eine gerechte Verteilung der mit der Energiewende verbundenen finanziellen Lasten ist dabei von besonderer Bedeutung.

Die neue Bundesregierung steht vor der Herausforderung, hier akzeptable Lösungen zu entwickeln. Die Landesregierung wird die anstehende Reform mit konstruktiven Vorschlägen aktiv begleiten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Jedes Land bringt in die Diskussion um die Gestaltung der Energiewende seine spezifische Situation mit ein. Dies ist Voraussetzung dafür, dass auch zukünftig in Fragen der Ausgestaltung der Energiewende ein guter Konsens über die zukünftige Energieversorgung erreicht wird.

Es ist unbestritten, dass Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen in Ergänzung zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien noch für einige Zeit benötigt werden. Je höher der Anteil der Erneuerbaren in der Stromversorgung steigt, desto stärker ist der Aspekt einer schnellen Regelbarkeit der die Residuallast abdeckenden konventionellen Kraftwerke zu berücksichtigen. Dies ist nicht mit Kohlekraftwerken, sondern mit hocheffizienten und schnell regelbaren Gaskraftwerken, vorzugsweise mit Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, zu realisieren.

Gegen den Einsatz von Kohlekraftwerken sprechen auch Gründe des Klimaschutzes und der mangelnden Akzeptanz in der Bevölkerung.

b. w.

Zu den Fragen 2 und 4:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 2 und 4 gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung setzt sich bei der Reform des EEG dafür ein, die in der vorangegangenen Legislaturperiode massiv ausgeweiteten Ausnahmen von der Zahlung der EEG-Umlage wieder auf ein vertretbares Maß zurückzuführen, um die Bürgerinnen und Bürger und die kleinen und mittleren Unternehmen entsprechend zu entlasten. Die derzeitige Ausgestaltung lässt kein tragfähiges ordnungspolitisches Konzept erkennen und verzerrt den Wettbewerb. Die notwendigen Industrieprivilegien bei energiebezogenen Abgaben, Entgelten, Steuern und Umlagen sind ein ordnungspolitisches Instrument, um Nachteile für in Deutschland ansässige Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu vermeiden. Ausnahmeregelungen müssen auf ihren ursprünglichen Zweck – die Entlastung von energieintensiven Unternehmen im internationalen Wettbewerb – zurückgeführt werden. Dadurch würde eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der nicht privilegierten Industrie erreicht werden.

Die Landesregierung setzt sich weiterhin dafür ein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher an sinkenden Strompreisen an der Strombörse teilhaben. Der zunehmende Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Preise an den Strombörsen in den vergangenen Jahren deutlich gesunken sind. Die sinkenden Börsenstrompreise als Folge des Merit-Order-Effekts der Erneuerbaren müssen von den Energieversorgern an den Endverbraucher weitergegeben werden. Damit auch Kleinverbraucher von sinkenden Börsenpreisen für Strom profitieren können, wird sich das Land für die Schaffung geeigneter, verbraucherfreundlicher Regelungen im Energiewirtschaftsrecht einsetzen. Dem Anstieg von Energiekosten kann zudem durch Einsparung und durch den Einsatz energieeffizienter Produkte begegnet werden. Hier schöpft der Bund seine Möglichkeiten noch nicht aus.

Zu Frage 3:

Das Land Rheinland-Pfalz wird sich bei der anstehenden Reform des EEG dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für bereits installierte Anlagen nicht nachträglich geändert werden. Politisch wäre ein rückwirkender Eingriff in bereits bestehende Anlagen ein problematisches Signal an künftige Investorinnen und Investoren, das den weiteren dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien gefährden würde. Zudem soll der Eigenstromverbrauch aus EE-Anlagen sowie aus mit Erdgas betriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen nicht zusätzlich belastet werden, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Schutz der natürlichen Ressourcen.

Eveline Lemke
Staatsministerin